

1764 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 14. Dezember 1977
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 ge-
ändert wird (31. Gehaltsgesetz-Novelle)

Der gegenständliche Gesetzesbeschluß des Nationalrates
sieht folgende Änderungen im Gehaltsgesetz vor:

- Erhöhung der Bezüge der Beamten, mit Ausnahme der
Haushaltszulage, ab 1. Jänner 1978 um 8 % oder um
mindestens 550,-- Schilling;
- Etappenweise Anhebung der derzeit mit 5 % festgesetzten
Pensionsbeiträge auf 7 % bis zum 1. Jänner 1981;
- Verdoppelung der Jubiläumszuwendungen aus Anlaß des
25-jährigen und 40-jährigen Dienstjubiläums;
- Berücksichtigung der längeren Hauptschullehrerausbildung
bei den Bestimmungen über den Vorrückungstichtag;
- Anfügung zweier weiterer Gehaltsstufen im Schema der
zeitverpflichteten Soldaten;
- Begriffsanpassungen an das neue Beamten-Dienstrechts-
gesetz, BGBl.Nr.329/1977.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner
Sitzung vom 19. Dezember 1977 in Verhandlung genommen und ein-
stimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Ein-
spruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit
den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 14. Dezember
1977 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956
geändert wird (31. Gehaltsgesetz-Novelle), wird kein Einspruch
erhoben.

Wien, 1977 12 19

M a t z e n a u e r
Berichterstatte

S e i d l
Obmann